

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Stammkonton:
Sehr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Landesregierungen Sachsen-Anhalt und Preußen-Altpreußen

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 300.— M., Telegramm-Adress: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Komposition 400.— M., auswärts 500.— M., die halbspaltige Meldezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 2600 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M.

Nr. 113

Dresden, Donnerstag den 17. Mai 1923

34. Jahrg.

Sozialdemokratische Reparationspolitik

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Der Reichstag verabschiedete am Mittwoch den Etat des Reichsanwalts in dritter Lesung. Wie geplant, hat es sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nehmen lassen, anlässlich dieser Beratung ihre Auffassung über die außenpolitische Lage zur Kenntnis zu bringen. Herr Cuno hatte zwar noch am Vormittag versichert, sie aus bestimmten Gründen von ihrem Vortragsplan abzubringen, mußte aber bald einsehen, daß seine Bemühungen vergebens waren und insbesondere seine Begründung wenig stichhaltig wirkte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß es gerade im gegenwärtigen Augenblick Pflicht des Reichstages gewesen wäre, dem Volke seine Auffassung über die schwebenden Fragen zur Kenntnis zu bringen. Schon deshalb war das Angebrachte als eine Gewährleistung der außenpolitischen Situation Deutschlands nicht gegeben worden und es schon reichlich lange her ist, daß sich die Volksvertretung überhaupt mit dem Außenminister und die mit ihm zusammenhängenden Fragen beschäftigt hat. Der Hinweis des Herrn Cuno gegenüber den Parteiführern, daß die Regierung — oder besser er und der Außenminister — sich veranlaßt gefühlt haben, an die Regierungen in London und Rom bestimmte Rückfragen zu richten, deren Antwort erst abgewartet werden müsse, kann an dieser Auffassung nichts ändern. Welcher Art übrigens die Rückfragen sind, bleibt das Geheimnis der Herren Cuno und Rosenberg. Ob sie notwendig waren, nachdem aus der englischen und der italienischen Note ziemlich klar hervorgeht, was die Alliierten in erster Linie wollten, oder ob dem deutschen Volke nicht besser gekannt worden wäre, wenn seine Regierung schnell die Ausarbeitung einer präzis formulierten Note vorgenommen hätte, sei dem Urteil späterer Tage überlassen.

Die Rede unfers Genossen Hermann Müller dürfte jedenfalls nicht nur der Regierung, sondern auch dem gesamten Reichstag betrieuen haben, daß es wohl möglich ist, auch in kritischen Situationen zur Beurteilung der Lage das Wort vor der Öffentlichkeit zu nehmen. Auch abgesehen davon, daß Müller vor einem außerordentlichen Gouise, das ihm mehrfach Feilschall sollte, besonders unterstrich, er die Auffassung der Sozialdemokratie, die zur Vermeidung einer Kapitulation alles getan wissen will. Sachlich und in anerkennenswerter Zurückhaltung übte Müller dann Kritik an dem letzten Angebot der deutschen Regierung, sagte gleichzeitig aber auch, wie die neue Note in ihrem wesentlichen Inhalt nach dem Wunsch der Sozialdemokratie beschaffen sein müßte. Die in diesem Zusammenhang erfolgte Feststellung, daß unsere Reichstagsfraktion auf den Vorschlag der Regierung Cuno an die Alliierten nicht den geringsten Einfluß ausgeübt hat, sondern lediglich an dem Tage vor der Abstimmung den Inhalt in allgemeinen Umrissen zur Kenntnis nahm, war besonders angebracht. Erst vor wenigen Tagen hat der Reichsverband der deutschen Industrie in München getagt und einen Beschluß gefaßt, in dem an die Regierung das Verlangen gestellt wird, den Einfluß der Linksparteien auf die Regierungspolitik in Zukunft auszuscheiden. Es hätte sicherlich mehr im Interesse des deutschen Volkes gelegen, wenn Herr Müller, der Mann des Reichsverbandes, der, dem Münchner Beschluß entsprechend, bei Herrn Cuno vorbrach und der immer glaubt, seine Finger dort haben zu müssen, wo sie nicht hingehören, Mängel über die unangebrachte politische Einwirkung der Deutschnationalen Partei und die bayerische Regierung geäußert hätte. Wenn sich Genosse Müller über diese politische Einwirkung auf den letzten deutschen Vorschlag nur vorsichtig ausgelassen at, dann ist das aus allgemeinen außenpolitischen Gründen verständlich. Geändert aber wird nichts an der Tatsache, daß der von der Regierung vorgesehene Sicherheitspakt auf Wunsch der bayerischen Regierung fallen gelassen und daß die Angelegenheit des passiven Widerstandes entgegen dem Wunsch der Sozialdemokratie in unpräziser Formulierung zu Beginn des letzten Angebots erörtert wurde.

Die Zustimmung, die Müller fand, als er seiner Kritik an dem letzten Angebot positive Vorschläge für den neuen Vorschlag und die Forderung nach konkreten Angaben folgen ließ, läßt darauf schließen, daß sich mit Ausnahme der Deutschnationalen die große Mehrheit des Reichstages doch langsam darüber klar geworden ist, was die Stunde von uns verlangt. Auch die Feststellung, daß eine endgültige Lösung ohne Substantiierte Garantien nicht möglich sei, und e ban der Zeit ist, zur Erklaffung der Sachwerte zu schreiten, fand nicht den geringsten Widerspruch, während sonst im bürgerlichen Lager schon das nackte Wort „Erklaffung der Sachwerte“ Furcht und Schrecken auslöste. Unverwehrt Zustimmung wurde unfers Fraktionsredner aus der Volkspartei sogar erteilt, als er verlangte, die substantiierten Garantien gesetzlich festzulegen.

Die von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft abgelehnte außenpolitische Debatte hat also das eine Gute ergeben, daß sich die Mehrheit des Reichstages über den Ernst der Lage, wenigstens im allgemeinen, klar ist. Diese Tatsache konnte der Fraktionsredner der Deutschnationalen, Herr G., nicht verschweigen. Gleichgültig folgte das Haus seiner Rede, die wohl zurückhaltend, aber auch rein negativ war. Aus der Gegnerschaft der Deutschnationalen Partei gegen ein Angebot ergibt sich ohne weiteres die Feindschaft dieser Partei gegen die Mehrheit des deutschen Volkes, das Verhandlungen will, Reparationen zu zahlen gebent, und den Frieden herbeiführt. Ganz ließ Herr Rosenberg in einer kurzen Rede

lojen und im wesentlichen überflüssigen Regierungserklärung durchblicken, daß das Kabinett den Weg gehen werde, den ihm das Interesse der Gesamtheit des Volkes vorschreibt. Dieser Weg ist von den Deutschnationalen nicht vorgeschrieben worden, und wir erwarten deshalb, daß die Regierung ihr Liebesverhältnis zu den Deutschnationalen jetzt endlich aufgibt. Großes trauen wir ihr nicht zu. Vielleicht ist sogar zu viel erhofft, wenn wir von ihr annehmen, daß sie aus dem Verlauf Reichstagsdebatten, aus der Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu wesentlichen Forderungen unfers Genossen Müller die wirkliche Stimmung der Mehrheit des Reichstages mit nach Hause nimmt und danach handelt! Diese Stimmung des Reichstages entspricht dem Willen der Bevölkerung an Rhein und Ruhr, wie er erst am Dienstag dem Reichsanwalt durch die Abgeordneten der besetzten Gebiete vortragen wurde. Rhein und Ruhr wollen verhandelt und verlangen deshalb von der Regierung ein konkretes Angebot, das nur gegen die deutschnationalen Katastrophensplitter möglich ist. Nach Beendigung der außenpolitischen Debatte im Reichstag ist der Reichsaussenminister an diese Auffassung auch durch den Zentrumsführer Marx und den Führer der Deutschen Volkspartei, Straßmann mit Entschiedenheit erinnert worden. Goffentlich nicht umsonst!

Deutscher Reichstag

355. Sitzung, Mittwoch den 16. Mai, vorm. 10½ Uhr

Der Reichstag erledigte in seiner letzten Sitzung vor den Pfingstferien zunächst eine Reihe kleiner Vorlagen und trat dann in die Beratung der Etats des Reichspräsidenten, des Reichsanwalts und des Bundespräsidenten ein. In der vor dem Plenum stattgefundenen Sitzung des Ausschusses kamte über die Frage, ob man diese Etatberatung zum Ausgangspunkt einer großen politischen Debatte machen wollte, keine Einigung erzielt werden, da unfere Genossen darauf bestanden, zu den schwebenden politischen Fragen Stellung zu nehmen. Als ihr Sprecher erhielt das Wort

Herr Müller, Franken (Soz.):

Das deutsche Volk würde es nicht verstehen, wollte der Reichstag jetzt in die Pfingstferien gehen, ohne sich über das auszusprechen, was in den letzten vier Wochen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik geschehen ist. (Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Es sind eine Reihe von Noten gewechselt worden, aber lausächlich hat sich zugunsten einer Verteidigung der europäischen Verhältnisse leider so gut wie nichts geändert. Wir müssen im Gegenteil feststellen, daß

der Terror im besetzten Gebiet

nicht unbedeutend zugenommen hat. (Beifallige Zustimmung.) Ich brauche nur zu erinnern an die Notiz von Mainz und Weiden. Zu dem Krupp-Urteil ist zu bemerken, daß wir kein Verständnis für die häufigen Bemerkungen haben, die in dem Urteil insbesondere gegen Krupp e. H. fallen sind. Auf wen glaubt man mit solchen Bemerkungen Einwand zu machen? Wir wissen, daß Krupp ein Gegner der deutschen Industrie ist, aber ihm kann doch schließlich nachgelassen werden, daß er in der Reihe der Schatzmacher nie besonders hervorgetreten ist. (Wichtiges Geseh richtig!) Wir wissen, daß gerade er befragt gewesen ist wegen der Entwidlung der Industrie in dem neubessetzten Gebiet. Die Gerechtigkeit gebietet, diese Tatsachen festzustellen. (Beifalliges Verbal!) Will man etwa Einwand machen auf die Eisenbahnen, die fast zur gleichen Zeit in Mainz zu den schwersten Strafen verurteilt worden sind, weil sie ihre Pflicht dem deutschen Reich gegenüber geian

haben? Während des Krieges haben die Belgier und Franzosen Loheshämmen auf die Arbeiter, Beamten und Angestellten gesungen, die sich gemindert haben, unter der Okkupation zu arbeiten. Diese Leute wurden der Welt als Muster des Patriotismus vorgeführt, während Deutsche, die heute dasselbe tun, als Kreaturen der Berliner Regierung abgekan werden.

Die Noten,

die die deutsche Regierung in den letzten Tagen erhielt, erklären das Angebot der deutschen Regierung für unannehmbar. Das einzig Erfreuliche ist, daß die Wege noch nicht verschüttet sind, die zu einer Erfolg versprechenden Verhandlung führen können und schließlich auch führen müssen. Was steht dem in erster Linie entgegen? Die französisch-belgische Note sagt, daß man zu einem Abkommen nicht kommen könne, solange der passive Widerstand anfrichterhalten wird. Ueber die Frage des passiven Widerstandes haben mein Kollege Weizsäcker und ich bereits am 16. und 17. April hier mit aller Dringlichkeit gesprochen und auseinandergesetzt, daß der passive Widerstand nach den Regeln der Gewerkschaftspolitik geführt wird. Ich möchte nochmals unterstreichen, daß unfere Auffassung nach alles getan werden muß,

um eine Kapitulation zu vermeiden.

Gleichzeitig lege ich strengste Verwahrung ein gegen jene deutsche wässigen Mütter, die in letzter Zeit die Unperfektion hatten, zu behaupten, daß meine Freunde und mit ihnen Herren aus den Reihen der Deutschen Volkspartei die Kapitulation vorbereiten. Die französische Regierung könnte endlich einsehen, daß es die Bevölkerung ist, die den passiven Widerstand im besetzten Gebiet trägt. Wenn diese Maßnahmen nicht aus dem freien Willen der Bevölkerung hervorgegangen, sondern von Berlin aus „befohlen“ worden wären, dann wäre der Widerstand unter dem fürchterlichen Terror längst zusammengebrochen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der Eisenbahnerstreik ist etwas ganz Selbstverständliches und nur rein äußerlich betrachtet ein Streik. Denn ein Streik richtet sich doch gegen den rechtmäßigen Arbeitgeber, während der Streik gegen die französisch-belgische Besatzung nur in seiner Wirkung dem Streik gleichkommt, ohne mit ihm etwas zu tun zu haben. Die deutschen Arbeiter aller Richtungen haben immer darin übereingestimmt, daß in solchen Fällen, ich erinnere auch an den Streik gegen die Rapp-Regierung, die Verweigerung der Arbeitskraft

höchste patriotische Bürgerpflicht ist.

(Lebh. Zustimmung.) Zu der deutschen Note ist zu sagen, daß wir es nicht verstehen, daß die Regierung gleich am Anfang auf den passiven Widerstand eingegangen ist. (Sehr richtig! links.) Man soll diesen passiven Widerstand der Bevölkerung der besetzten Gebiete überlassen und sich in den Noten darauf beschränken, diejenigen Fragen zu behandeln, die zur Lösung der Reparationsfrage notwendig sind. Ich glaube, das ist falsch! innerpolitische Motive in der Verantwortung einer Note gelten zu lassen, die die schwierigsten Fragen der auswärtigen Politik betrifft. Ich sage das auch deshalb, weil gerade jetzt wieder Überflutungen im Umlauf sind, die behaupten, im Reichsverband der deutschen Industrie sei große Erregung, weil die Sozialdemokratie die letzte Note der Regierung zu stark beeinflusst hätte. (Beifallige Zustimmung.) Von einer so starken Beeinflussung ist mir nicht das geringste bekannt. Der Wortlaut der Note ist und erst durch die Presse bekanntgegeben worden. Wir haben den Aufbruch der Note im einzelnen nicht bekannt und auch nicht geteilt, wie wenig konkret einzelne ihrer Teile sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Dollarkurs von 49 000 bis 44 000 Mark schon allein einen starken Antriebs geben, von uns aus alles zu tun, um eine Lösung dieser Krise zu erleichtern. Ich gebe zu, daß es unangehener schwer ist, die deutsche Leistungsfähigkeit im gegenwärtigen Augenblick richtig abzuschätzen, aber man darf dabei nicht vergessen, daß diese Abschätzung nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch ein Politikum ersten Ranges ist. Ich

Ein Amnestiegesetz für Sachsen

Dem sächsischen Gesamtministerium liegt der Entwurf eines Gesetzes über eine Amnestie für Rot- und Wstreibungsdelikte vor, der in den nächsten Tagen dem Landtage zugehen wird.

Das deutsche Volk leidet unter den Folgen des verlorenen Krieges schwerer als je und ist zu einem großen Zeile völlig verzerrt. Die Nachprüfung zahlreicher Gnadenversuche hat in den letzten Monaten in immer steigendem Maße ergeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der straffällig gewordenen Volksgenossen ohne deren Verschulden von Tag zu Tag sich trostloser gestalten. Arbeitslosigkeit oder, zufolge Arbeitseinschränkung, zu geringe Entlohnung des Familienhauptes treffen so häufig mit körperlicher Entkräftung, Krankheit oder völliger gesundheitlicher Zusammenbrüche der von der schwierigen Hauswirtschaft und Kinderpflege bedrückten Frau und Mutter, sowie mit Unterernährung und Erkrankung der jüngeren Kinder zusammen, daß der Daseinskampf solcher Familien einen geradezu erschütternden Anblick zeigt.

Deshalb schlägt der Entwurf des Amnestiegesetzes vor, Strafen wegen Verfehlungen, die aus Not — aus ernster wirtschaftlicher Bedrängnis — begangen worden sind, zu erlassen, wenn sie von sächsischen Gesetzen rechtskräftig erkannt worden sind und die erkannte Strafe nur in Festung oder Gefängnis von höchstens 1 Jahr oder in Geldstrafe von höchstens 80 000 M. besteht. Unter denselben Voraussetzungen werden Strafverfahren wegen solcher aus Not begangener Straftaten niedergelegt.

Sinsichtlich der Wstreibungen macht eine in der Rechtswissenschaft und in der Kriminalpolitik schon seit länge-

rem hervorgetragene Auffassung mit immer größerem Nachdruck geltend, daß in nicht seltenen Fällen, außer Verletzung der Führung und Furcht vor Schande auch die wirtschaftliche Not den Beweggrund der Tat bildet. Neugeborene, uneheliche und auch eheliche Kinder, können, wegen der großen Notlage der Unterhaltspflichtigen, oft nur ganz unzureichend genährt und aufgezogen werden, so daß sie mit ihrem schwächlichen Wesen im Lebenskampfe nicht zu bestehen vermögen und später die Allgemeinheit gefährden.

So rechtfertigt sich im allgemeinen eine Amnestie mit Straferlass oder Niederschlagung wegen Wstreibungshandlungen in den Grenzen der Strafmaße wie bei Notdelikten. Ausgenommen bleiben Fälle, in denen die Schwangere wirtschaftlich gröblich ausgebeutet wurde, wenn die Abtreibung ohne ihren Willen erfolgt ist oder wenn sie die Gesundheit der Schwangeren schwer gefährdet oder geschädigt hat.

Die Ausführung des Amnestiegesetzes soll zunächst den Justizbehörden obliegen. Das Justizministerium wird sich aber, bei Ablehnung durch die genannten Instanzen, die Nachprüfung vorbehalten. Hierbei wird an die Justizbehörden eine Ausführungsverordnung ergehen. Diese Behörden werden auch angewiesen werden, schon jetzt zu prüfen, welche von ihnen betriebenen Straffachen voraussichtlich unter das Amnestiegesetz fallen werden und gegebenenfalls — auch bei entstehenden Zweifeln — die noch nicht begonnene Strafverfolgung aufzuschieben. Sonst anhängige Sachen sollen vorläufig nur insoweit fortgeführt werden, als die Erörterung von Tatsachen in Frage kommt, welche die Anwendung oder Nichtanwendung des Amnestiegesetzes zu begründen geeignet sind.